



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 26.11.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 04.11.2010, 15:30 Uhr bis 17:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Ossi Werner Helling GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Herr Frank Schneider	SPD	Vertreter für Herrn Ott, ab 15:40 Uhr anwe- send
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD	
Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Frau Hildburg Holländer	CDU	ab 15:38 Uhr anwe- send
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU	
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Marion Lüttig	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Regina Wilden	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen

Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	bis 17:25 Uhr anwesend
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken	
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP	
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der pro Köln	bis 16:27 Uhr anwesend

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region	bis 17:14 Uhr anwesend
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.	
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.	
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde	

Verwaltung

Frau Ina-Beate Fohlmeister		V/2
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein		IV / V
Herr Jürgen Kube		5620
Herr Josef Ludwig		56
Herr Klaus Müller-Starmann		50/0 ARGE
Frau Johanna Preßmar-Cuber		V/1
Frau Marita Reinecke	Behindertenbeauftragte	V/3
Herr Stephan Santelmann		50

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer		V/1
---------------------	--	-----

Entschuldigt fehlen:

Frau Lisa Steinmann	SPD	entschuldigt
Frau Antonella Giurano	Bunte	entschuldigt

Herr Ott verabschiedet sich in seiner bisherigen Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Senioren und dankt der Verwaltung sowie allen Mitgliedern des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit.

Die Ausschussmitglieder danken Herrn Ott ebenfalls für die interessanten Diskussionen und die gute Zusammenarbeit.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Helling verweist auf die aktuelle Tagesordnung, bei der die Zusetzungen und Tischvorlage kenntlich gemacht wurden.

Herr Helling schlägt vor, die Beschlussvorlagen unter TOP 10.1 auf die nächste Sitzung zu vertagen und TOP 12.2 so lange zurückzustellen, bis die neue Beigeordnete Frau Reker ihren Dienst aufgenommen hat.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Bevölkerungsentwicklung 2009
Beantwortung der Anfrage von RM Frau Hoyer
4112/2010
 - 3.2 "Veedel für Menschen" um Forschungsprojekt ergänzt (Öffnung des Wohnquartiers für das Alter)
4072/2010
 - 3.3 Pauschalierung von Unterkunftskosten
3939/2010
 - 3.4 Statistik Netzwerk gegen häusliche Gewalt
Anfrage aus der Sitzung vom 24.06.2010 (1778/2010)
4079/2010
 - 3.5 Senkung der Kosten der Unterkunft
hier: Mündliche Anfrage von SE Herrn Klein vom 23.09.2010
4456/2010

4 Mitteilungen

- 4.1 Selbsthilfegruppenwegweiser 2010
4192/2010
- 4.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2009
4213/2010
- 4.3 Bericht der U 25 Konferenz
4221/2010
- 4.4 Fast 2.000 Seniorinnen und Senioren besuchten die 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter"
4287/2010
- 4.5 Kennzahlenvergleich 2009 der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland
4549/2010

5 Wohnen

- 5.1 Verzinsung von Wohnungsbaudarlehen aus öffentlichen Mitteln
3891/2010

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 6.1 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
3920/2010
- 6.2 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
4353/2010
- 6.3 Anfragen aus der Sitzung vom 23.09.2010 zu TOP 6.1 Neues Wertgutschein-
system für Bezieher/innen von SGB II-Leistungen (3686/2010)
4329/2010
- 6.4 Sachstand SGB II - Neuorganisation 2011
4584/2010

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 11/2010
4422/2010

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

9.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
04.05.2010
AN/0872 / 2010

9.1.2 Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtvierteln
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.05.2010
AN/ 0895/ 2010

Antwort der Verwaltung
4509/2010

9.1.3 Verknüpfung des KölnPASSES mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/ 1532 /2010

9.1.4 Eingliederungsvereinbarungen mit Empfängern von Leistungen nach dem
SGB II
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke vom 20.09.2010
AN/1723/2010

9.2 Aktuelle Anfragen

9.2.1 Unterkünfte für Obdachlose in Köln
hier: Anfrage der Fraktion pro Köln vom 13.10.2010
AN/1858/2010

Antwort der Verwaltung
4328/2010

9.2.2 Kürzungen im Bereich der ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.10.2010
AN/1984/2010

9.2.3 Zwangsräumung
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke vom 28.10.2010
AN/2006/2010

10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10.1 Jahresbericht 2009
4172/2010

10.2 Verteilung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Jahr 2010 veranschlagten Mittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
4210/2010

10.3 Durchführen eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Umzüge und Transporte für Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen, Aussiedlern und Flüchtlingen sowie Containerbeladungen und Entrümpelungen
4362/2010

10.4 Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich 2010
4215/2010

10.5 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2010
3009/2010

11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

12 Ausschussempfehlungen an den Rat

12.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010

12.2 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010

12.3 Überlebensstation für Wohnungslose am Hauptbahnhof "Gulliver"
3079/2010

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

14 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Bevölkerungsentwicklung 2009 Beantwortung der Anfrage von RM Frau Hoyer 4112/2010

RM Frau Hoyer dankt für die aufschlussreiche Antwort. Sie bittet, die Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“.

*Hinweis der Verwaltung zur Definition von **Migrationshintergrund**:*

Die Abgrenzung der Einwohner mit Migrationshintergrund wird durch Kombination verschiedener Merkmale aus dem Einwohnermeldeverfahren ermittelt.

Die Angaben zum Umfang und zur Struktur sind, im Gegensatz zu den übrigen dargestellten Einwohnerzahlen, als Schätzwerte zu interpretieren. Sie geben aber Hinweise auf Größenordnungen.

Die Zahl der Einwohner mit Migrationshintergrund bildet sich aus nichtdeutschen und deutschen Einwohnern.

Die Gruppe der Deutschen setzt sich zusammen aus:

- Eingebürgerten (Geburtsort Ausland, oder Einbürgerungsurkunde)
- Aussiedler/-innen (Herkunft ehemalige deutsche Ostgebiete),
- Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Optionspflicht (Nach §4 Staatsangehörigkeitsrecht besteht die Pflicht, sich bis zum vollendetem 23. Lebensjahr zu entscheiden, ob die mit der Geburt erhaltene deutsche Staatsbürgerschaft beibehalten oder die elterliche Staatsbürgerschaft angenommen wird.),

- Kinder und Jugendliche mit familiärem Migrationshintergrund (unter 18 Jahre, alle Elternteile im Haushalt haben Migrationshintergrund).

**3.2 "Veedel für Menschen" um Forschungsprojekt ergänzt (Öffnung des Wohnquartiers für das Alter)
4072/2010**

RM Frau Schmerbach hält es für sinnvoll, die Interviews nicht nur in den Fremdsprachen Russisch und Türkisch durchzuführen. Da in Ehrenfeld besonders viele Italiener leben, sollten die Interviews auch in italienischer Sprache angeboten werden.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung zur Kenntnis.

SB Frau Wilden merkt hierzu an, dass die Landessprache deutsch sei.

**3.3 Pauschalierung von Unterkunftskosten
3939/2010**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.4 Statistik Netzwerk gegen häusliche Gewalt
Anfrage aus der Sitzung vom 24.06.2010 (1778/2010)
4079/2010**

RM Frau Lüttig sieht hierzu weiteren Beratungsbedarf. Sie schlägt vor, eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter aus den Interventionsstellen zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um sich mit diesem Thema näher beschäftigen zu können.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung gerne auf.

**3.5 Senkung der Kosten der Unterkunft
hier: Mündliche Anfrage von SE Herrn Klein vom 23.09.2010
4456/2010**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

4.1 Selbsthilfegruppenwegweiser 2010 4192/2010

SE Frau Brauckmann fragt, wann der Stichtag für die Aufnahme einer weiteren Gruppe in die nächste Ausgabe des Selbsthilfeführers sei.

SE Frau Dierksmeier teilt mit, einen genauen Zeitpunkt könne sie zurzeit noch nicht nennen, da dies immer von der Finanzierung abhängig sei. Die Datensammlung für diese Ausgabe habe im Frühsommer begonnen.

4.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2009 4213/2010

RM Frau Schmerbach ist erfreut, dass die Schwerbehinderten-Quote mit 6,41 % höher sei als die gesetzlich festgelegte Mindest-Beschäftigungsquote. Sie begrüßt alle weiteren Bemühungen der Verwaltung, diese Quote noch weiter zu erhöhen.

Frau Schmerbach bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Sind in der Quote auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfasst, die während des Arbeitsverhältnisses eine Schwerbehinderung erlangen, oder sind diese Personen der Quote hinzuzurechnen?
- Wie hoch ist die Quote bei den städtischen Gesellschaften?
- Spiegeln sich die psychischen Erkrankungen ebenfalls in dieser Quote wider?

RM Frau Lüttig stellt folgende Nachfragen:

- Gibt es bereits eine Prognose der Quote für 2010?
- Welches sind die Gründe für die verschiedenen Schwerpunkte in den Grafiken auf Seite 11 des Berichtes? Bei Schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegt der Schwerpunkt eher bei einem höheren Alter, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Behinderung sind die meisten Beschäftigten eher jünger.
- Welche Art von Aufträgen wird an Werkstätten für behinderte Menschen erteilt (s. Seite 13)? Hier reicht ein grober Überblick.
- Um welche Behinderungsarten handelt es sich grundsätzlich? Wie teilen sich diese nach Geschlecht und Alter auf?
- Sind die bewilligten Mittel in Höhe von 48.977,34 € inzwischen ausgezahlt worden (s. Seite 17)? Wenn nein, warum nicht?

RM Herr Ensmann betont, bei der gesetzlichen 5% Quote handele es sich um eine Mindestquote. Er ist der Auffassung, die Tatsache, dass die Stadtverwaltung mit nur gerade 1,41% über dieser Quote liege, zeige, dass die Verwaltung nicht mit vollem Engagement bei der Sache sei.

In der Aufstellung der Dezernate sei die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten unterschiedlich stark ausgeprägt. Herr Ensmann regt an, die Auswahlverfahren innerhalb der Verwaltung zu prüfen und eventuelle Blockaden in einzelnen Bereichen abzubauen, um somit eine Steigerung der Quote zu erreichen.

SB Herr Dr. Schulz merkt an, auf Seite 15 teile die Verwaltung mit, dass eine Quotenerhöhung über die Einstellung von externen Schwerbehinderten schwer möglich sei, da es häufig an der Qualifizierung fehle.

Herr Schulz verweist auf die darunter befindliche Tabelle bei der es nur drei Einstellungen im Ausbildungsbereich bei 112 Bewerbern gegeben habe. Herr Dr. Schulz erklärt, eine fehlende Qualifizierung könne dann kein Argument sein, da man eine Ausbildung mache, um eine Qualifizierung zu entwickeln.

Herr Dr. Schulz spricht sich dafür aus, gerade bei Ausbildungen schwerbehinderte Menschen stärker einzubeziehen.

Weiterhin bittet Herr Dr. Schulz bei der erweiterten Abfrage im Stellenbesetzungsverfahren auch die ARGE, z.B. das DIMA einzubeziehen, da viele Behinderte Langzeitarbeitslose seien und daher bei der Agentur für Arbeit nicht mehr auftauchen.

RM Frau Stahlhofen stellt folgende Frage:

- Warum gibt es bei den Aufträgen an Werkstätten für Behinderte vom Jahr 2008 zu 2009 einen so großen Sprung (s. Seite 13)?

Frau Dr. Klein sagt eine Weiterleitung der Anfragen an die Fachverwaltung zu. Bei Vorliegen der schriftlichen Beantwortung werde die Verwaltung die Mitarbeiterin des Personalamtes zur Sitzung einladen, um eventuelle Folgefragen direkt beantworten zu können.

Frau Dr. Klein schlägt außerdem vor, dass der Erfahrungsbericht mit den Antworten auf die heute gestellten Fragen erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen werden solle.

Frau Dr. Klein teilt auf die Äußerungen von Herrn Ensmann abschließend mit, im Vergleich zum Landschaftsverband sei zwar die Quote bei der Stadt vergleichsweise gering. Andererseits sei die Verwaltung hierbei besser aufgestellt als die freie Wirtschaft.

Sie fügt hinzu, das Stellenbesetzungsverfahren werde sehr oft zentral organisiert durchgeführt, in Absprache mit den jeweiligen Organisationseinheiten. Von Blockaden sei ihr nichts bekannt.

4.3 Bericht der U 25 Konferenz 4221/2010

SB Herr Dr. Schulz ist der Auffassung, der Bericht sei sehr wichtig, enthalte aber leider sehr viele Dopplungen. Er spricht sich dafür aus, die auf Seite 2 identifizierten Veränderungsnotwendigkeiten, die bestehenden Systeme so umzugestalten und zu optimieren, dass die hohe Zahl von derzeit „abgehängten“ Jugendlichen erreicht und mitgenommen werden kann (1. Spiegelstrich), zu präzisieren.

Herr Dr. Schulz betont, gerade im Bereich U 25 haben sich derzeit die Möglichkeiten eher eingeschränkt als ausgeweitet. Er begrüße es, wenn die Verwaltung Auskunft über eine systematische Intervention geben könne, auch über den Stadtteil Chorweiler hinaus.

Herr Santelmann erklärt, in der letzten U 25 Konferenz habe die Verwaltung keine abschließende Beratung durchführen können, insofern handele es sich bei der Mitteilung auch um eine vorläufige Beschreibung.

Herr Santelmann verweist darauf, dass die Verwaltung beabsichtige, eine Konzeption, in die alle Aspekte einfließen sollen, in einem Workshop der U 25 Konferenz zu erarbeiten. Derzeit gebe es Abstimmungen zur Konzeption mit der Arbeitsagentur. Herr Santelmann betont, die Verwaltung nehme diesen Prozess sehr ernst. Es solle ausführlich diskutiert werden, wo Veränderungsnotwendigkeiten gesehen werden. Danach erfolge eine erneute Information an den Ausschuss.

RM Herr Ensmann berichtet über seinen Besuch bei Ceno – Die Paten e.V. Herr Ensmann hält es für wünschenswert, dieses Projekt in die Berichterstattung mit aufzunehmen. Die Einbindung und weitere Fortführung von Ceno interessiert ihn sehr. Herr Ensmann bittet, ggf. auch andere Projekte in anderen Stadtteilen mit aufzunehmen, die die gleiche Aufgabe erledigen.

RM Frau Hoyer berichtet über eine Veranstaltung u.a. zur U 25 Konferenz. Dort sei die Auffassung vertreten worden, dass das Konzept von Ceno in diesem Zusammenhang nicht passend sei.

Frau Hoyer schließt sich dahingehend der Auffassung von Herrn Dr. Schulz an, dass es viele Wiederholungen in der Mitteilung gebe. Es fehle an Ergebnissen und Konkretem.

RM Frau Lüttig fragt, wer an dem Workshop teilnehmen werde.

Herr Santelmann erklärt, in den Gesprächen mit der Arbeitsagentur erstelle die Verwaltung die Konzeption für den Workshop. Dabei werde auch die Frage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geklärt.

Herr Santelmann ergänzt auf weitere Nachfrage von Frau Lüttig, es gebe zu dem Thema ausführlichere Darstellungen, die bei Bedarf den Ausschussmitgliedern zu Verfügung gestellt werden können.

4.4 Fast 2.000 Seniorinnen und Senioren besuchten die 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter" 4287/2010

SE Frau Kleinpaß-Börschel dankt im Namen der Seniorenvertretung für die hervorragende Organisation der Verwaltung und den optimalen Veranstaltungsort. Die Senio-

renvertretung wünsche, dass es in Zukunft eine regelmäßige Tradition werde, die Gesundheitstage für die ältere Generation durchzuführen.

4.5 Kennzahlenvergleich 2009 der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland 4549/2010

Die Ausschussmitglieder stimmen darin überein die als Tischvorlage vorliegende Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

5 Wohnen

5.1 Verzinsung von Wohnungsbaudarlehen aus öffentlichen Mitteln 3891/2010

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

6.1 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 3920/2010

Herr Müller-Starmann gibt zu Beginn einige Erläuterungen zum Ergebnismonitoring und den Planungsüberlegungen der ARGE Köln bis Ende 2011.

SE Frau Stahlhofen bittet um Erläuterung der Situation der befristet Beschäftigten bei der ARGE. Frau Stahlhofen fragt, wie die Stellen, von Personen, die für eine Weiterbeschäftigung nicht geeignet seien, wieder besetzt werden sollen. Außerdem bittet sie um Auskunft, wie die Auszubildenden des Jahres 2011 in diesen Prozess einbezogen werden.

Frau Dr. Klein teilt mit, zu der Situation der von der Stadt Köln bei der ARGE befristet Beschäftigten habe die Verwaltung in der letzten Zeit intensive Gespräche geführt. Oberstes Ziel sei es, die Qualität der ARGE bzw. des JobCenters für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu erhalten. Außerdem sei es Aufgabe der Träger, den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine konkrete Arbeitsplatzperspektive zu geben.

Frau Dr. Klein erklärt, dass diejenigen geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bisher bei der Stadt befristet beschäftigt waren, aber keine weitere Befristung erhalten können, nun unbefristet weiterbeschäftigt werden sollen.

Frau Dr. Klein fügt hinzu, geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die weiter befristet beschäftigt werden können, erhalten eine befristete Beschäftigung bis zum

30.06.2011 (beim mittleren Dienst) bzw. 30.09.2011 (beim gehobenen Dienst). Vor diesem Hintergrund könne dann auch die Frage der Einbeziehung der Auszubildenden berücksichtigt werden. Frau Dr. Klein erklärt, die Angaben darüber, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht geeignet seien, müsse die Verwaltung nachreichen.

Herr Santelmann teilt mit, es gebe zurzeit weitere Gespräche mit der Arbeitsagentur um Probleme zu klären, die Ersatz- bzw. Mehrbedarfe und die Tatsache betreffen, dass die Arbeitsagentur wegen der Befristungsobergrenze befristete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht weiter beschäftigen könne. Hierbei prüfe die Verwaltung auch, wie man die Bundesagentur in die Pflicht nehmen könne.

Zum Integrationsprogramm teilt Herr Santelmann ergänzend mit, bei den Planungen sei nicht nur zu berücksichtigen, welche Auswirkungen es für die Träger gebe, sondern auch, wie sich dies auf die Menschen auswirke, für die diese Maßnahmen da sind. Hierzu führe die Verwaltung ebenfalls Gespräche mit der ARGE und der Arbeitsagentur, wie die notwendigen Maßnahmen erhalten bleiben können.

SB Herr Dr. Schulz erklärt, zurzeit gebe es eine einschneidende Situation, dass gerade im U25 oder im Behinderten-Bereich Maßnahmen wegfallen.

In Bezug auf die Aufstellung des Integrationsprogramms 2011 befürchtet Herr Dr. Schulz, dass je weniger Mittel zur Verfügung stehen, desto mehr eine Konzentration der Mittel auf die arbeitsmarktnahen Gruppen statfinde. Dies dürfe jedoch keinesfalls passieren. Diesbezüglich müssen im Integrationsprogramm Schwerpunkte gesetzt werden. Herr Dr. Schulz plädiert dafür, dass die betroffenen Menschen im Vordergrund stehen müssen.

SE Frau Hollmann fragt, ob und wie viel Geld zum Ende des Jahres wieder aus dem Eingliederungstitel zurückgegeben werden müsse.

Frau Hollmann merkt an, dies sei ein bundesweites Grundproblem im System des Haushaltes der ARGEN. Das Nichtverausgaben von Mitteln und deren Rückführung sei den Menschen nicht zu vermitteln. Frau Hollmann spricht sich für die Notwendigkeit einer Verbesserung dieses Systems aus.

Herr Müller-Starmann bestätigt die Rückführung von Mitteln in Höhe von 7,6 Mio. €. Die ARGE werde in diesem Jahr ca. 100 Mio. € ausgegeben haben. Die von der ARGE nicht verausgabte Summe müsse zurückgeführt werden.

RM Herr Ensmann spricht sich dafür aus, eine ausgewogene Planung für das Jahr 2011 zu erstellen, in dem sowohl arbeitsmarktnahe als auch arbeitsmarktferne Kundinnen und Kunden der ARGE in angemessener Weise berücksichtigt werden.

SE Herr Kersjes teilt aus Sicht der Liga der Wohlfahrtsverbände mit, die Folgen des Sparpaketes der Bundesregierung, die zur Kürzung des Eingliederungstitels geführt haben, müssten rückgängig gemacht werden. Er bittet die Politiker der Stadt Köln diesbezüglich um ihre Unterstützung.

Herr Kersjes weist auf die Bundesvorgabe hin, dass bei geringerem Eingliederungstitel bundesweit die Integrationsquote um 7,5 % gesteigert werden solle, d.h. mit weniger Geld ein größerer Erfolg erzielt werden müsse. Herr Kersjes äußert seine Besorgnis dahingehend, dass damit eher Geld in arbeitsmarktnahe Kunden fließe, als dass Langzeitarbeitslose unterstützt werden.

Zur Reduzierung des Verwaltungskostenbudgets um 8 % befürchtet Herr Kersjes, dass dies ebenfalls Auswirkungen auf den Eingliederungstitel haben werde. Das Auslaufen der Maßnahmen führe bei den freien Trägern und Bildungsträgern dazu, dass zum Ende des Jahres ca. 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit verlieren werden.

Der Vorsitzende Herr Helling erklärt, es gebe auf der Ebene der Politik als auch der Verwaltung Überlegungen, sämtliche Kölner Bundestagsabgeordnete in diese Problematik einzubeziehen.

Frau Dr. Klein teilt im Hinblick auf diese Intervention gegenüber den Kölner Bundestagsabgeordneten mit, dass die Verwaltung versuche einen Termin zu finden, um alle Kölner Bundestagsabgeordneten nach Köln einzuladen. Bei dem Termin solle dieser Themenkomplex erörtert und plastisch dargestellt werden, welche Auswirkungen die Kürzungen vor Ort haben werden. Hierzu gehöre auch das Thema der befristet Beschäftigten bei der Bundesagentur.

Frau Dr. Klein fügt hinzu, von Beginn an sei es ein Webfehler im System gewesen, dass die Budgets nicht ausgeschöpft werden können, weil die Bundeshaushaltsverordnung sehr restriktiv sei.

Daher strebe man ein dialogisches Verfahren mit den Vertretern der Bundespolitik an, um diese Themen zu diskutieren.

Der Vorsitzende Herr Helling appelliert abschließend daran, dass dieses Vorhaben der Verwaltung von Interventionen der Fraktionen gegenüber ihren Bundestagsabgeordneten flankiert werden sollte.

6.2 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 4353/2010

SE Frau Dierksmeier verweist auf den Flyer zum JobSpeedDating und bittet um Mitteilung, wie teuer diese Veranstaltung sei und ob es eine Möglichkeit gebe, den Erfolg der Veranstaltung zu ermitteln.

Herr Müller-Starmann teilt mit, es handele sich hierbei um einen innovativen Versuch und eine Maßnahme für arbeitsmarktnahe Personen. Weiter gibt Herr Müller-Starmann zu der Veranstaltung einige Erläuterungen. Am 02.12.2010 werde die ARGE dem Ausschuss mitteilen, wie erfolgreich die Veranstaltung im ersten Anlauf gewesen sei und welche Kosten entstanden seien.

Herr Müller-Starmann betont, die Veranstaltung sei in diesem Jahr möglich gewesen, da ausreichend finanzielle Mittel zu Verfügung standen. Ob eine Wiederholung angesichts der Kürzungen möglich ist, bezweifelt er. Herr Müller-Starmann macht deutlich, dass die ARGE natürlich auch arbeitsmarktnahe Personen in Arbeit bringen wolle. Aber bei den notwendigen Einsparungen in der Zukunft müsse sich die ARGE Möglichkeiten überlegen, wie dies ohne großen Einsatz von Mitteln aus dem Eingliederungshaushalt erfolgen könne.

SB Herr Dr. Schulz berichtet über den seit 7 Jahren am Altenberger Hof in Nippes stattfindenden „Markt der Möglichkeiten“. Er befürwortet, dass auch für arbeitsmarktnahe Personen Maßnahmen veranstaltet werden. Herr Dr. Schulz regt an, den Ausschuss künftig auch im Vorfeld über solche Aktionen zu informieren.

Herr Dr. Schulz verweist weiter auf die durchaus interessanten Ergebnisse des Projektes KNFA – Kölner Netzwerk Flüchtlinge und Arbeit“. Er bittet hier um eine frühzeitige Information wann und wie es weitergehe.

Herr Müller-Starmann sagt eine zeitnahe Beantwortung zu. Er berichtet zum KNFA, auch in der zweiten Förderphase werde die ARGE mit Mitteln des Bundes an diesem Thema weiterarbeiten.

RM Frau Lüttig merkt an, dass der Flyer zum JobSpeedDating den Eindruck vermittele, es gehe hier nur um Menschen mit einem akademischen Abschluss. Frau Lüttig bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie viele der ca. 1.000 Bewerberinnen und Bewerber sind Männer und wie viele sind Frauen?
- Gab es bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Verpflichtung zur Teilnahme? Wenn ja, was passiert, wenn diese Personen nicht teilnehmen wollen?
- Wie sieht die Altersstruktur der Teilnehmenden aus?
- Welcher Art sind die ca. 70 Unternehmen, die für die Veranstaltung gewonnen werden konnten? Wie hoch ist der Anteil der Zeitarbeitsfirmen?
- Warum wird als Ansprechpartner für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Eventagentur Pusch genannt?
- An wen wendet sich der Flyer? Wie hoch ist die Auflage? Wie hoch waren die Kosten?
- Wie sieht das Planungsbudget aus?

RM Frau Hoyer hält es auch für wichtig, dass arbeitsmarktnahe Personen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Sie begrüßt die Initiative der ARGE, ein neues Instrument auszuprobieren.

Frau Hoyer fragt, wie die ARGE an die Arbeitgeber herantrete und bittet um eine genaue Darstellung der Beteiligten auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.

RM Frau Stahlhofen zeigt sich irritiert über die Wahl des Veranstaltungsortes.

Frau Dr. Klein betont, dies sei eine von vielen Möglichkeiten, Menschen in Arbeit zu bringen. Sie berichtet in diesem Zusammenhang über das ähnliche Projekt „check-Praxis“, mit dem sehr gute Erfahrungen gemacht wurden.

Frau Dr. Klein berichtet außerdem über die Vorzüge des RheinEnergieStadions als Veranstaltungsort.

SE Herr Klein bittet um Erläuterung, an wen sich dieser Flyer konkret richte und wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung zugewiesen worden seien.

Herr Müller-Starmann betont, die ARGE habe diese Maßnahme bewusst und in jeder Hinsicht nur auf Freiwilligkeit aufgebaut. Eine Zuweisung erfolgte daher nicht.

Die ARGE habe für jeden Menschen, der dazu motiviert wurde, an dieser Maßnahme teilzunehmen, insgesamt 400 € ausgegeben. Herr Müller-Starmann ist der Auffassung, damit erhalte jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer eine Chance, die ihm sonst so nie oder nur sehr selten gegeben werde.

Das RheinEnergieStadion biete Räumlichkeiten in der benötigten Größenordnung und zeige gleichzeitig die entsprechende Wertschätzung für die Bereitschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich auf diese Sache einlassen. Den Preis für die Anmietung der Räumlichkeiten habe der Vermarkter des Stadions in Anerkennung, dass hier soziale Zwecke verfolgt werden, deutlich reduziert.

Herr Müller-Starmann betont, es handele sich nicht nur um white-collar jobs. Es sei die Bandbreite der Kölner Unternehmer vertreten. Dabei seien Zeitarbeitsunternehmen bei weitem nicht in der Mehrheit.

Der Flyer sei nur denjenigen Personen ausgehändigt worden, die an der Veranstaltung teilnehmen wollten.

Herr Müller-Starmann sagt einen ausführlichen Bericht mit der Beantwortung der gestellten Fragen für die Dezember-Sitzung zu.

Der Vorsitzende Herr Helling fasst die Äußerungen der Ausschussmitglieder so zusammen, dass die Veranstaltung grundsätzlich begrüßt werde, es aber noch einzelne kleinere Kritikpunkte in der Realisierung dieses Konzeptes vorhanden seien.

6.3 Anfragen aus der Sitzung vom 23.09.2010 zu TOP 6.1 Neues Wertgutscheinsystem für Bezieher/innen von SGB II-Leistungen (3686/2010) 4329/2010

SE Herr Klein fragt, wie die andere Firma heiße, die entsprechende Dienstleistungen für das Wertgutscheinsystem angeboten habe.

Außerdem bittet er für die bessere Nachvollziehbarkeit die Händlerliste der anderen Firma bekannt zu geben.

Herr Müller-Starmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Auf die Nachfrage von RM Frau Lüttig teilt Herr Müller-Starmann mit, dass Sodexo die Verhandlungen mit den Händlern geführt habe, die in der Liste genannt und bereit seien, Warengutscheine anzunehmen.

6.4 Sachstand SGB II - Neuorganisation 2011 4584/2010

SE Frau Hollmann dankt für die Mitteilung und fragt bezüglich des bundesweiten Zielvereinbarungssystems und der Kennzahlenvergleiche, worin der Unterschied zum jetzigen Verfahren bestehe.

Frau Hollmann bittet außerdem um Erläuterungen zur veränderten Stellung des Geschäftsführers. Sie fragt, wie die Besetzung des Beirates erfolge und wann dem Ausschuss für Soziales und Senioren die Kooperationsvereinbarung vorgelegt werde.

Frau Dr. Klein erklärt, voraussichtlich für den nächsten Ausschuss werde die Verwaltung eine Vorlage vorbereiten, die u.a. die Kooperationsvereinbarung und die personelle Situation zum Thema habe.

Zum Thema Beirat befinde sich die Verwaltung in Gesprächen mit der Arbeitsagentur. Die Verwaltung beabsichtige, ein Höchstmaß an Kontinuität in die Arbeit des Beirates zu bringen. Frau Dr. Klein informiert über eine Veränderung bei der Beiratszusammensetzung. Neu sei die gesetzliche Regelung, dass die Anbieter von Leistungen nach den gesetzlichen Grundlagen nicht mehr Mitglieder im Beirat sein können.

Herr Santelmann ergänzt, dass bei der Gründung des Beirates die lokalen Arbeitsmarktpartner einzubeziehen seien. Dies werde die Stadt Köln entsprechend umsetzen.

Frau Dr. Klein führt weiter aus, dass von Gesetzes wegen die Position des Geschäftsführers gestärkt werde. Die kommunale Seite sei gut beraten, die kommunalen Interessen für die Arbeitssuchenden aber auch für die Träger in Köln zu Gehör zu bringen. Dies erfolge letztlich in der Trägerversammlung, deren Vorsitz die Stadt Köln übernehmen werde.

Herr Santelmann teilt mit, zu den Fragen des Zielvereinbarungssystems, der Kennzahlenvergleiche und der Geschäftsführung werde die Verwaltung schriftlich antworten.

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 11/2010 4422/2010

Frau Reinecke ergänzt zu dem Bericht, die europäische Jury habe inzwischen festgelegt, welche Städte unter den vier Finalisten zum „Access City Award“ sein werden. Frau Reinecke berichtet, dass die Stadt Köln neben Barcelona, Toku und Avila unter den vier Finalisten sei.

Frau Reinecke erläutert die Hintergründe, die zur Bewerbung von Köln für den Preis geführt haben und betont, Köln sei natürlich noch keine barrierefreie Stadt, aber in der letzten Zeit habe man einiges in Richtung Barrierefreiheit bewirken können. Die Aussicht unter den Finalisten zu sein, sollte ein Ansporn sein, auf diesem Weg weiterzumachen.

Frau Reinecke fügt hinzu, bei Bedarf werde das Büro der Behindertenbeauftragten die Bewerbungsunterlagen der Stadt Köln für den Preis gerne an Interessierte übersenden.

SB Herr Dr. Schulz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, es sollte auch angestrebt werden, die Barrierefreiheit in Tiefgaragen zu erhöhen. Hierzu nennt er die Tiefgaragen der Arbeitsagentur und der ARGE als negative Beispiele.

SB Herr Ladenberger merkt an, auch aus Sicht der Behindertenorganisationen sei die Bewerbung der Stadt Köln mitgetragen worden. Über den Erfolg der Bewerbung seien die Behindertenorganisationen sehr erfreut.

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**9.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
04.05.2010
AN/0872 / 2010**

Herr Santelmann teilt mit, die Verwaltung arbeite zurzeit verwaltungsintern noch an der Beantwortung der Anfrage.

**9.1.2 Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtvierteln
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.05.2010
AN/ 0895/ 2010**

**Antwort der Verwaltung
4509/2010**

Die Beantwortung liegt als Tischvorlage vor. Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**9.1.3 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten
"Bildungschipkarte"
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/ 1532 /2010**

Herr Santelmann teilt mit, die Verwaltung könne die Frage erst dann beantworten, wenn die Rahmenbedingungen ausreichend bekannt seien. Er berichtet, diese Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Wochen jedoch immer wieder geändert. Sobald hier Klarheit bestehe, werde die Verwaltung die Anfrage beantworten.

**9.1.4 Eingliederungsvereinbarungen mit Empfängern von Leistungen nach
dem SGB II
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke vom 20.09.2010
AN/1723/2010**

Frau Dr. Klein berichtet, die Antwort der Verwaltung werde der Niederschrift als Anlage beigefügt.

9.2 Aktuelle Anfragen

9.2.1 Unterkünfte für Obdachlose in Köln hier: Anfrage der Fraktion pro Köln vom 13.10.2010 AN/1858/2010

**Antwort der Verwaltung
4328/2010**

Die Beantwortung liegt als Tischvorlage vor. Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9.2.2 Kürzungen im Bereich der ARGE Köln hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.10.2010 AN/1984/2010

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

9.2.3 Zwangsräumung hier: Anfrage der Fraktion DieLinke vom 28.10.2010 AN/2006/2010

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10.1 Jahresbericht 2009 4172/2010

Der Vorsitzende Herr Helling bittet diese Beschlussvorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um sie in der Fraktion genauer diskutieren zu können.

Die Ausschussmitglieder stimmen darin überein, die Beschlussvorlage auf die nächste Sitzung zu vertagen.

10.2 Verteilung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Jahr 2010 veranschlagten Mittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege 4210/2010

SB Herr Krücker erklärt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, im Haushaltsjahr 2010 die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010/2011 - gemäß der beigefügten Anlage 1 * zu fördern (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben).

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderbeträge, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltswirtschaftlichen Bestimmungen unverzüglich auszuführen.

** Diese Anlage ist nicht Bestandteil der Niederschrift.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 Durchführen eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Umzüge und Transporte für Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen, Aussiedlern und Flüchtlingen sowie Containerbeladungen und Entrümpelungen
4362/2010**

RM Frau Lüttig fragt, ob in diesem Vergabeverfahren ggf. EU-Recht greife.

Herr Kube erklärt, der Umsatz liege deutlich unterhalb der Grenze des EU-Rechtes.

Zusatz der Verwaltung:

Der Schwellenwert für eine europaweite Ausschreibung liegt bei Vergaben nach der VOL bei 193.000 € netto (zzgl. MWSt). Insofern liegt das Vergabeverfahren für den Rahmenvertrag Umzüge/Transport mit einem geschätzten Finanzvolumen von 150.000 € brutto (inkl. MWSt) für die 2 Jahre deutlich unter diesem Schwellenwert.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zwecke des Abschlusses eines Rahmenvertrages über Umzüge und Transporte für Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen, Aussiedlern und Flüchtlingen sowie Containerbeladungen und Entrümpelungen das Vergabeverfahren durchzuführen. Ab 01.06.2011 soll folgender Rahmenvertrag neu abgeschlossen werden:

Laufzeit: 2 Jahre

Abschluss erfolgt überwiegend für: Wohnungsversorgungsbetrieb

Geschätzter Umsatz per anno: 75.000 €

Geschätzter Umsatz für die gesamte Vertragslaufzeit: 150.000 €

Der Sozialausschuss verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich 2010
4215/2010**

Der Vorsitzende Herr Helling berichtet, dass der Unterausschuss „Selbsthilfegruppen“ dem Ausschuss für Soziales und Senioren die Zustimmung zu dieser Vorlage empfiehlt.

Herr Helling fügt hinzu, der Unterausschuss habe die Verwaltung gebeten, eine Berichterstattung über die Arbeit der vier Frauenprojekte zu erstellen. Diese Berichterstattung werde dann auch den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Senioren wie auch dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis gegeben.

SB Frau Wilden vertritt die Auffassung dass die Vereine in weiten Teilen eine gute Arbeit leisten, jedoch im Internet eine Tendenz zu linksextremistischen Tätigkeiten erkennbar sei. Frau Wilden lehnt eine Förderung der Vereine daher ab.

Der Vorsitzende Herr Helling stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Frauenprojekte

- Feministisches Frauengesundheitszentrum „Hagazussa e.V.,
- Agisra e.V.,
- FrauenLeben e.V. und
- Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.

mit Haushaltsmitteln entsprechend der Anlage 1 * zu fördern, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010/2011.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderbeträge, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltswirtschaftlichen Bestimmungen unverzüglich auszuführen.

** Diese Anlage ist nicht Bestandteil der Niederschrift.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Die Fraktion pro Köln stimmt gegen die Beschlussvorlage.

**10.5 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2010
3009/2010**

Herr Santelmann weist darauf hin, dass in der Anlage 1 ein Übertragungsfehler erfolgt sei. Die korrigierte Anlage ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

SB Frau Wilden stimmt den folgenden drei Punkten nicht zu:

- Nr. 1 50+/- Schwules Forum Köln,
- Nr. 9 Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD),
- Nr. 12 Verband binationaler Familien und Partnerschaften.

Die Ausschussmitglieder verzichten auf eine Einzelabstimmung. Der Vorsitzende Herr Helling stellt die Beschlussvorlage insgesamt zu Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses Selbsthilfegruppen des Ausschusses Soziales und Senioren sowie des Gesundheitsausschusses, im Haushaltsjahr 2010 die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich – unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010/2011 - gemäß der beigefügten Anlage (ist der Niederschrift beigefügt) zu fördern.

Die Restmittel erhält die Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bzw.

mehrheitlich zugestimmt bei den Punkten Nr. 1, 9 und 12

Die Fraktion pro Köln stimmt bei den folgenden drei Vorschlägen der Verwaltung gegen eine Förderung:

- Nr. 1 50+/- Schwules Forum Köln,
- Nr. 9 Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD),

- Nr. 12 Verband binationaler Familien und Partnerschaften.

11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

12 Ausschussempfehlungen an den Rat

12.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 1346/2010

Der Vorsitzende Herr Helling merkt zum weiteren Verfahren an, dass der Integrationsrat eine federführende Rolle bei der Erstellung und bei der Beschlussfassung dieses Konzeptes übernehme. Der Integrationsrat habe sich in zwei Sitzungen mit dieser Vorlage beschäftigt und entsprechende Beschlussempfehlungen in beiden Sitzungen abgegeben.

Nach Durchlauf in den Fachausschüssen werde wieder eine Beratung im Integrationsrat stattfinden. Der Integrationsrat werde sich dann mit allen Stellungnahmen der Fachausschüsse beschäftigen und dann für den Rat eine möglicherweise geänderte Vorlage, die versuche, alle Anregungen aus den Fachausschüssen aufzunehmen.

Herr Helling weist darauf hin, der Integrationsrat habe im September beschlossen, den Maßnahmenteil von dieser Beschlussfassung abzukoppeln. Der Beschlussvorschlag, der beide Teile, d.h. das Integrationskonzept und das Maßnahmenprogramm betreffe, sei entsprechend geändert worden. Damit gehe es in der Beschlussfassung in allen Fachausschüssen nur noch um das Integrationskonzept selber und nicht mehr um das Maßnahmenprogramm.

Im Oktober habe der Integrationsrat in einem ersten Durchlauf weitere inhaltliche Ergänzungen zu dem Konzept integrative Stadtgesellschaft vorgenommen. Diese liegen heute als Tischvorlage vor.

Herr Helling schlägt vor, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren diese beiden Beschlussfassungen des Integrationsrates bestätigen solle und darüber hinaus bei Bedarf über bestimmte sozialpolitische Vorstellungen in diesem Konzept diskutieren könne.

SB Frau Wilden kritisiert das vorliegende Konzept, dass eher eine ideologische Abhandlung sei und nicht als seriöse Arbeitsgrundlage gelten könne. Frau Wilden erklärt, der Beschlussvorlage werde sie nicht zustimmen.

RM Herr Ensmann erklärt, dass die CDU für die Alternative stimmen werde. Diese Haltung sei dadurch begründet, dass für die Fraktion nicht überschaubar sei, welche Kosten mittelfristig bei diesen Maßnahmen entstehen werden. Eine genauere Prüfung der heutigen Tischvorlage sei ebenfalls so kurzfristig nicht möglich.

Herr Ensmann betont, damit sei nicht gesagt, dass das gesamte Konzept und die vorgeschlagenen Maßnahmen schlecht seien.

RM Frau Schmerbach weist darauf hin, dass durch die Abkopplung des Maßnahmenprogramms erst in einem zweiten Schritt über die Finanzierung beraten werde.

Der Vorsitzende Herr Helling stellt seinen Vorschlag, die beiden Beschlüsse des Integrationsrates zu bestätigen und die Beschlussvorlage der Verwaltung dementsprechend abzuändern, zur Abstimmung.

Eine Abstimmung über die Alternative erübrigt sich auf Grund des nachfolgenden Abstimmungsergebnisses.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren bestätigt den Beschluss des Integrationsrates vom 09.09.2010 und empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das „*Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft*“ als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln sowie die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis.

Um dieses zu erreichen, beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung vorbehaltlich der aktuell und in den Folgejahren im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel

1. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die Planung und Umsetzung sowie Kontrolle der Zielerreichungen von notwendigen integrationsfördernden Maßnahmen sowie die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sicher stellen,

Da der Integrationsrat maßgeblich auch am Umsetzungsprozess beteiligt wird, sind ihm Zwischenauswertungen und –ergebnisse sowie Fortschreibungsüberlegungen zeitnah mitzuteilen,

Die ursprünglichen Punkte 2-5 werden gestrichen und ersetzt durch:

2. Das dem Integrationskonzept beigefügte Maßnahmenprogramm (ab S. 69), das erstmalig einen Überblick über viele Maßnahmen aus allen Bereichen der Verwaltung konkret auflistet, muss dennoch überarbeitet werden. Obwohl enge inhaltliche Zusammenhänge bestehen, wird es verfahrensmäßig kurz- und mittelfristig vom Integrationskonzept abgekoppelt. Die Verwaltung sollte bei der Überarbeitung berücksichtigen, dass an alle wesentlichen Handlungsempfehlungen angeknüpft werden sollte, Prioritäten gesetzt werden, konkrete Schätzungen zu Kosten und Ressourcen erfolgen und die bisherige Trennung zwischen Maßnahmen der Verwaltung und Maßnahme der nichtstädtischen Träger aufgehoben wird. Die Überarbeitung sollte dann in Form eines Workshops, einer Beratungsveranstaltung oder ähnlichem rückgekoppelt werden mit Akteuren, die bereits an der Erstellung des Integrationskonzeptes mitgewirkt haben. Nach einer solchen erweiterten

Beratung soll das Maßnahmenpaket im April 2011 den Ausschüssen vorgelegt werden. Der Integrationsrat soll, wie unter Punkt 1 zur Beratungsfolge ausgeführt, beteiligt werden.

3. das vorliegende *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* systematisch fortzuschreiben und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse regelmäßig zu aktualisieren,
4. in regelmäßigen Abständen – spätestens alle drei Jahre - zum Sachstand der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes zu berichten.

Aus den vorliegenden Handlungsempfehlungen sowie aus den später zu entwickelnden Maßnahmen werden von der Verwaltung Einzelvorlagen zur Beschlussfassung durch Fachausschüsse und Rat vorgelegt. Dabei werden Aussagen zu Finanzierungsmöglichkeiten oder zum Finanzierungsbedarf getroffen.

Weiterhin bestätigt der Ausschuss für Soziales und Senioren den Beschluss des Integrationsrates vom 28.10.2010 der da lautet:

Beschlüsse zu einzelnen mündlichen Änderungs- und Ergänzungsanträgen

Beschluss zu Kapitel 4.2:

Der Vorschlag, auf Seite 14 bei der 9. Leitlinie eine Konkretisierung der Angabe zu den ‚angemessenen Sprachkompetenzen‘ vorzunehmen, wird mehrheitlich bei einer Ja-Stimme und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss zu Kapitel 5.1:

Der Vorschlag, auf Seite 16 oben mit Spiegelstrich aufgelisteten Handlungsfelder um den Begriff ‚Partizipation‘ zu erweitern, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

Beschluss zu Kapitel 5.3.1:

Der Vorschlag, auf Seite 22, die als 9. Handlungsempfehlung gemachte Aussage mit einem Hinweis auf eine Unterstützung der Aktivitäten der Jugendlichen bei der ‚Bekämpfung von Rassismus‘ zu ergänzen, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

Beschluss zu Kapitel 5.3.3:

Der Vorschlag, auf Seite 27, die 8. Handlungsempfehlung ersatzlos zu streichen wird mit zwei Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zu Kapitel 5.4.9:

Der Integrationsrat beschließt mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung die ergänzende Aufnahme folgender Handlungsempfehlungen:

- die 4. Handlungsempfehlung (Seite 64) wird folgendermaßen ergänzt:
 - , Erforderlich ist insbesondere
 - die Klärung eines gefestigten Aufenthaltes in einem angemessenen Zeitraum unter besonderer Berücksichtigung von Integrationsleistungen,
 - die Zusicherung des Aufenthaltes für die gesamte Ausbildungszeit bei Personen mit unsicherem Aufenthalt (AG 11)‘;

- es wird neu als 6. Handlungsempfehlung (Seite 64) eingefügt ‚Aufhebung der Residenzpflicht für Frauen in Gewaltsituationen (AG 11)‘ – die Nummerierung der folgenden Handlungsempfehlungen verschiebt sich entsprechend;
- die mittelfristigen Handlungsempfehlungen (Seite 66) werden ergänzt um den Punkt
‚11. Aufstockung von qualifiziertem Personal in der Ausländerbehörde mit dem Ziel der Reduzierung der Fallzahlen (AG 11)‘.

Beschluss zu Kapitel 7:

Der Vorschlag ‚die Verwaltung zu bitten, den in diesem Kapitel beschriebenen gesamten Steuerungsprozess einfacher – z.B. durch Grafiken – darzustellen‘, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

Beschluss zu Kapitel 7.1.2:

Der Vorschlag, auf Seite 132, in der letzten Zeile die Worte ‚als beratendes Gremium‘ zu streichen und die Sätze

- ‚Das Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft wird federführend im Integrationsrat behandelt.
- Der Integrationsrat wird den Prozess der Umsetzung und der Weiterentwicklung des „Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ mit einem regelmäßigen Tagesordnungspunkt auf seinen Sitzungen behandeln‘

anzufügen, wird einstimmig ohne Gegenstimme angenommen. Ebenso wird auf Seite 133, im zweiten Absatz / zweiter Satz unter den Aufzählungen der Handlungsfelder noch die ‚Interkulturelle Öffnung‘ ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Für den Beschlussvorschlag stimmen die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gegen den Beschlussvorschlag stimmen die Fraktionen CDU und pro Köln.

12.2 Leitbild Köln 2020

Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht 2225/2010

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die Beschlussvorlage solange zurückzustellen, bis die neue Dezernentin Frau Reker ihren Dienst aufgenommen hat.

12.3 Überlebensstation für Wohnungslose am Hauptbahnhof "Gulliver" 3079/2010

SB Dr. Schulz hält die Formulierung, dass das Amt für Soziales und Senioren von einer Mindestnutzung bis 2020 ausgehe, für sehr zurückhaltend. Wenn die Stadt Köln in Gulliver investiere sollte die Tätigkeit selbst und auch die Anrechnung der Aufwendungen auf die Miete auch vertraglich abgesichert werden.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

Der Vorsitzende Herr Helling stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die Gewährung eines Zuschusses an das Kölner Arbeitslosenzentrum (KALZ) in Höhe von 30.000 Euro zur Realisierung der notwendigen Brandschutzaufgaben und damit Sicherung der Einrichtung Gulliver am Hauptbahnhof.

Gleichzeitig beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2010 hierzu zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 30.000 € in Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Den Mehraufwendungen stehen entsprechende Wenigeraufwendungen an gleicher Stelle bei der Bezuschussung von Schülermittagessen gegenüber, so dass sich keine Veränderung im Haushaltsplan 2010/2011 ergibt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

14 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

gez. Helling
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)